Haushaltsrede von Bürgermeister Klaus Schumacher für die Einbringung des Entwurfs des Haushaltsplanes 2012 und 2013 in der Sitzung des Rates am 14.12.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute legen wir Ihnen den Entwurf des Doppelhaushalts 2012/2013 vor. Nachdem wir bereits in den Jahren 2003 und 2004 einen Doppelhaushalt beschlossen hatten, schlagen wir dies für die kommenden 2 Jahre ebenfalls vor. Wir möchten damit erreichen, dass sich vor allem die Verwaltung 2012 auf die noch ausstehenden Jahresabschlüsse 2010 und 2011 und den Gesamtabschluss konzentrieren kann. Ein sicher notwendiger Nachtrag kann dann im Frühjahr 2013 erstellt werden.

Ein weiterer Vorteil ist, dass es zu Beginn des Jahres 2013 keine vorläufige Haushaltsführung geben wird, was allerdings voraussetzt, dass das von uns aufgestellt Haushaltssicherungskonzept von der Kommunalaufsicht genehmigt wird. Das bedeutet auch, dass dann in 2013 früher mit neuen Investitionen begonnen werden kann.

Die Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts ist nach der gesetzlichen Änderung möglich, wenn im Rahmen eines solchen Konzepts nachgewiesen wird, dass innerhalb von 10 Jahren, also bis zum Jahr 2022 ein Haushaltsausgleich wieder möglich ist.

Wir haben das HSK fortgeschrieben und mit den derzeitigen Daten ist es möglich, den Haushaltsausgleich 2022 wieder herzustellen. Entscheidend für die Genehmigungsfähigkeit ist aber auch, dass die Nachhaltigkeit und Schlüssigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen konzeptionell dargestellt wird. Die Kommunalaufsicht hat hierzu in ihrer Verfügung vom 25.7.2011 zum Haushalt 2011 darauf hingewiesen, dass das von der Stadt im Zuge der Haushaltsplanung 2011 aufgestellte Haushaltssicherungskonzept diesen Anforderungen nicht genügt. Die Verwaltung hat sich daher dazu entschlossen, das Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2012 bis 2022 unter Einbeziehung der Fortschreibung der bisherigen Haushaltssicherungskonzepte aus dem Haushaltsplan heraus zu lösen und in einem separaten Papier dazustellen.

Auch bei einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept besteht die Verpflichtung, alles zu unternehmen, um das Defizit schnellstmöglich wieder abzubauen. Die freiwilligen Leistungen dürfen nicht steigen, was bei zwangsläufig steigenden Personal- und Energiekosten bedeutet, dass dies an anderer Stelle eingespart werden muss. Das heißt auch, dass neue freiwillige Leistungen nur beschlossen werden dürfen, wenn sie an anderer Stelle im freiwilligen Bereich kompensiert werden. Wir versuchen daher, schon im nächsten Jahr eine Reduzierung der Miete für das Haus Lauterbach zu erreichen und wollen uns ab 2015 ganz aus der finanziellen Beteiligung für dieses Haus zurück ziehen.

Außerdem müssen wir erneut den Vorschlag machen, ab 2015 Haus Niederpleis aufzugeben und die dortigen Aktivitäten in andere städtische Räume zu verlagern.

Sollten diese Vorschläge keine Mehrheit finden, muss an anderer Stelle, z.B. bei den kulturellen Leistungen oder bei freiwilligen Leistungen im Jugendbereich gespart werden.

Ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept eröffnet jedoch einen zusätzlichen Spielraum bei der Kreditaufnahme, weil die Nettokreditaufnahme im unrentierlichen Bereich bei Null Euro liegen muss und nicht, wie bei einem nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzept, auf zwei Drittel der ordentlichen Tilgung begrenzt ist.

Meine Damen und Herren, die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich in der Vergangenheit massiv ausgewirkt. Zwar wird der durch diese Krise vor zwei Jahren ausgelöste wirtschaftliche Einbruch vermutlich schneller als erwartet überwunden werden, gleichwohl bestehen weiterhin erheblich Risiken, z.B. durch die hohen Rohstoff- und Energiepreise und durch die fragilen internationalen Finanzmärkte.

Eine wachsende Zahl von Gemeinden und Gemeindeverbände in Nordrhein-Westfalen kann ihren Haushalt weiterhin nicht ausgleichen. Ursachen sind sinkende Erträge bei gleichzeitig steigenden Aufwendungen, insbesondere für soziale Leistungen aber auch für Personal- und Sachleistungen.

Die optimistischen Prognosen des Arbeitskreises Steuerschätzung zur Entwicklung der Steuereinnahmen bedeuten einen Hoffnungsschimmer für alle stark verschuldeten Kommunen in NRW. Ohne die zusätzlichen Steuereinnahmen wäre die Lage aussichtslos.

Auch ist eine dauerhafte Entschuldung der Kommunen erforderlich und ich kann nur wiederholen, was ich bereits im letzten Jahr gesagt habe:

„Wenn es nicht gelingt, die Ausgaben der Kommunen dauerhaft einzugrenzen, bleiben auch konjunkturell bedingte höhere Steuereinnahmen letztlich ohne nachhaltige Wirkung. Denn die Kommunen sind nicht konjunkturell, sondern strukturell unterfinanziert. Ohne massive Hilfe des Bundes und des Landes ist eine nachhaltige Gesundung der Kommunal Finanzen nicht möglich.“

Unsere finanziellen Aussichten sind nach wie vor nicht rosig. Für 2012 müssen wir ein Defizit von 16,3 Mio. € ausweisen; 2013 sinkt dieser Betrag auf 13,5 Mio. €. Das bedeutet eine deutliche Erhöhung der Fehlbedarfe sowohl gegenüber dem letzten Haushalt als auch gegenüber der letzten Finanzplanung.

Nach der neuen Finanzplanung wird es erst im Jahr 2022 möglich sein, einen ausgeglichenen Haushalt darzustellen. Bis dahin müssen die Defizite aus der allgemeinen Rücklage, sprich dem Eigenkapital gedeckt werden. Sollten die Defizite bis 2021 in der jetzt errechneten Höhe tatsächlich eintreten, würde unser Eigenkapital von ursprünglich 126 Mio. € (das ist die Summe ohne die bereits in Anspruch genommene Ausgleichsrücklage) auf rd. 32,7 Mio. € reduziert werden.

Soweit, meine Damen und Herren, darf es m.E. aber gar nicht kommen. Im Interesse der Erhaltung der kommunalen Selbstverwaltung und der Generationengerechtigkeit muss es oberstes Ziel sein, den Haushaltsausgleich frühzeitig zu erreichen.

Natürlich bedeutet dies, dass wir weiterhin in allen Bereichen sparen müssen. Aber unsere eigenen Anstrengungen dürfen auch nicht durch Faktoren, die von außen auf uns zu kommen, unterlaufen werden. Das bedeutet, es dürfen keine neuen Aufgaben übertragen werden, denen keine entsprechende Finanzierung gegenüber steht.

Bei der Aufstellung des neuen Haushaltsplanentwurfs haben wir die bisher bekannten Daten aus der Steuerschätzung, der ersten Proberechnung von IT-NRW zu den Schlüsselzuweisungen und im Hinblick auf die Finanzplanungsjahre die bisher bekannt gemachten Orientierungsdaten berücksichtigt.

Die Erwartungen aus den Steuereinnahmen entsprechen danach den bisherigen Annahmen. Die Schlüsselzuweisungen konnten gegenüber der Finanzplanung sogar erhöht werden. Hinsichtlich der Fortschreibung der Schlüsselzuweisungen fehlen bislang jedoch noch entsprechende Orientierungsdaten, so dass bei diesem Ansatz im Hinblick auf die Finanzplanung noch gewisse Unsicherheiten bestehen.

Gegenüber der Finanzplanung deutlich reduziert werden müssen allerdings die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, was ein weiterer Grund für die angesprochene Verschlechterung des Ergebnishaushalts ist.

Auf der Ausgabenseite steigen insbesondere die Personalaufwendungen, insbesondere durch dringend erforderliche Personalaufstockungen im Bereich des Bezirkssozialdienstes und der wirtschaftlichen Jugendhilfe. Des weiteren wurde beschlossen, 2 Stellen für Mitarbeiter/innen für die Belange des Klimaschutzes einzurichten. Der Mehraufwand wird allerdings durch erwartete Einsparungen im Energiebereich gedeckt.

Trotz der Berücksichtigung einer Steigerungsrate von 1 % jährlich, sinkt der Personalaufwand 2013 auf Grund auslaufender Zeitverträge und der Auflösung von Rückstellung aus Altersteilzeitmodellen. Ferner berücksichtigt die Personalkostenhochrechnung, dass die Stellen künftig ausscheidender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung intern nach besetzt werden und allenfalls durch die Übernahme von Nachwuchskräften kompensiert werden.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sinken in 2012 gegenüber dem Vorjahr, da 2012 keine Aufwendungen mehr veranschlagt sind, die aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden. Auch im Haushaltsjahr 2013 ist ein Rückgang zu verzeichnen, da mit der Umsetzung von Sanierungsmaßnahmen auch energetische Verbesserungen einhergehen. Deutlich wirkt sich dieser Tatbestand ab 2015 aus, da die Verwaltung beabsichtigt, alle Instandsetzungsrückstellungen an städtischen Gebäuden bis 2014 umzusetzen. Nach dem Energie-Control-Gutachten lassen sich danach jährlich rd. 257.000 € einsparen.

Deutlich steigen auch die Transferleistungen, was im Wesentlichen auf eine höhere Kreisumlage und auf Sozialleistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen zurück zu führen ist.

Es ist daher unerlässlich, weiterhin einen strikten Sparkurs zu fahren. Daher sind auch die im Haushaltssicherungskonzept beschlossenen Maßnahmen auf jeden Fall umzusetzen.

Meine Damen und Herren,

ein weiteres wichtiges Thema sind die notwendigen Investitionen und die neue Kreditaufnahme.

Ich habe bereits zu Beginn meiner Ausführungen darauf hingewiesen, dass auch bei einem genehmigten Haushaltssicherungskonzept keine unbegrenzte Kreditaufnahme möglich ist. Im unrentierlichen Bereich, d.h. für alle Produkte, die die nicht über Gebühren finanzierten Bereiche Abwasser, Straßenreinigung und Friedhofswesen betreffen, darf die neue Kreditaufnahme die Summe der ordentlichen Tilgung nicht übersteigen. Danach bewegt sich die mögliche jährliche Kreditaufnahme für diese Bereiche zwischen 4,8 und 4,2 Mio. €.

Vor diesem Hintergrund sind größere Neubaumaßnahmen nicht finanzierbar. Die Verwaltung hat daher für verschiedene Einrichtungen keinerlei Ansätze für Neubaumaßnahmen im Haushaltsplanentwurf vorgesehen, insbesondere aber auch deshalb nicht, weil es hinsichtlich dieser Maßnahmen jeweils verschiedene Alternativen gibt, über die bislang aber noch nicht entschieden ist. Dabei handelt es sich um folgende Maßnahmen:

Grundschule Freie-Busch-Straße
Rhein-Sieg-Gymnasium
Jugendzentrum
Bäder

Für die Gesamtschule im Schulzentrum Menden sind in den Jahren 2014 bis 2016 Investitionen in Höhe von zusammen 5,4 Mio. € eingeplant. Dabei handelt es sich um die Summe, die im Genehmigungsantrag bei der Bezirksregierung für notwendige Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen vorgesehen war. Weitere Neubaumaßnahmen sind auch im Schulzentrum Menden bislang im Haushaltsplanentwurf nicht vorgesehen.

Für alle Maßnahmen sind jedoch Rückstellungen für unterlassene Instandsetzungen vorhanden, die bis 2014 durchgeführt werden sollen.

Soweit Neubaumaßnahmen durchgeführt werden sollen, muss allerdings auch an die damit verbundenen Folgekosten gedacht werden. Neben zusätzlichen Finanzierungskosten entstehen zusätzliche Abschreibungen, die dann den Ergebnishaushalt belasten und die Defizite weiter erhöhen. Ein Haushaltsausgleich im Jahr 2022 würde dadurch unwahrscheinlich. Außerdem muss bei jedem angedachten Abriss eines Gebäudes berücksichtigt werden, dass dadurch in der Bilanz vorhandenes Vermögen vernichtet wird, was in dem betreffenden Jahr einmalig zu erhöhten Abschreibungen führt.

Wir haben am Beispiel des Rhein-Sieg-Gymnasiums, bei dem für einen kompletten Neubau Kosten von bis zu 40 Mio. € genannt worden sind, ermittelt, dass die zusätzliche Belastung für Zinsen und Abschreibung bei rd. 2,0 Mio. € jährlich liegen würde, um den der Ergebnishaushalt dann zusätzlich belastet würde. Hinzu käme beim Abriss bestehender Gebäudes einschl. Sporthalle eine einmalige Sonderabschreibung in Höhe von ebenfalls rd. 2,0 Mio. €.

Als Folge eines durch eine solche Investitionsentscheidung verschlechterten Ergebnisplans wäre dann das Haushaltssicherungskonzept auf keinen Fall mehr genehmigungsfähig, was wiederum zur Folge hätte, dass die Kreditaufnahme im unrentierlichen Bereich nur noch in Höhe von zwei Dritteln der jährlichen ordentlichen Tilgung zulässig wäre.

Da unser bis 2022 aufgestelltes Haushaltssicherungskonzept – sofern sich keine wesentlichen Verschlechterungen ergeben - genehmigungsfähig ist, gehen wir auch nicht davon aus, dass die Kreditaufnahme auf zwei Drittel der ordentlichen Tilgung gedeckelt werden muss. Wir haben daher für 2012 eine Kreditaufnahme von insgesamt rd. 7,3 Mio. € vorgesehen. Davon entfallen 3,0 Mio. € auf rentierliche Maßnahmen und 4,3 Mio. € auf unrentierliche Maßnahmen. Die Gesamtkreditaufnahme 2013 ist mit rd. 4,1 Mio. € veranschlagt, wovon 1,4 Mio. € auf rentierliche Maßnahmen und 2,7 Mio. € auf unrentierliche Maßnahmen entfallen.

Für den Bau des Feuerwehrhauses Buisdorf sind 2012 und 2013 insgesamt 1,5 Mio. € veranschlagt. Des weiteren ist 2012 für die Feuerwehr die Beschaffung eines Rüstwagens mit 280.000 € und die Baumaßnahme am Feuerwehrgerätehaus in Niederpleis mit 260.000 € vorgesehen.

In den Schulen sind 2012 Investitionen in Höhe von rd. 1,2 Mio. € vorgesehen, wovon 500.000 € auf den Ausbau des Dachgeschosses der

Grundschule Hangelar entfallen. 2013 sinken die geplanten Baumaßnahmen im Schulbereich auf 350.000 €.

Im Bereich der Kindertagesstätten steht der u-3-Ausbau im Vordergrund. 2012 werden wir hierfür 1,6 Mio. € investieren.

Für die Instandsetzung von Sportanlagen und das Sportplatzgebäude in Hangelar sind im nächsten Haushaltsjahr fast 1,4 Mio. € geplant. 2013 sollen im Sport nochmals 400.000 € investiert werden.

2012 werden für Kanalbaumaßnahmen 4,1 Mio. € benötigt. 2013 sinkt die Investitionssumme auf 2,1 Mio. €.

Ein weiterer Ausbauswerpunkt ist der Straßenbau, der insbesondere nach vorangegangenen Kanalbaumaßnahmen notwendig wird. Hierfür sind in 2012 = 2,2 Mio. € und 2013 fast 4,1 Mio. € notwendig.

Schließlich erfordern Grunderwerb und Baumaßnahmen für die Maßnahmen im Rahmen der Regionale 2010 in 2012 Auszahlungen von 3,8 Mio. € und 2013 in Höhe von 2,4 Mio. €. Diesen Auszahlungen steht jedoch eine 80 %ige Förderung gegenüber.

Bis zum Jahr 2014 ist das Investitionsprogramm im Wesentlichen maßnahmenscharf abgebildet. Ab 2015 sind die größeren Investitionen - das gilt für Hochbaumaßnahmen, sowie für Kanal- und Straßenbau – bis zum Jahr 2022 mit jährlichen Pauschalbeträgen eingeplant worden. Dabei wurden für Hochbaumaßnahmen jährlich 4,0 Mio. € eingeplant, für Kanalbaumaßnahmen 1,0 Mio. € und für Straßenbaumaßnahmen ebenfalls 1,0 Mio. €

Neben dem pauschalen Ansatz im Hochbau sind in den Jahren 2014 bis 2016 – wie bereits erwähnt - insgesamt 5,4 Mio. € für Baumaßnahmen der Gesamtschule im Schulzentrum Menden vorgesehen worden.

Die Schulden aus der Aufnahme von Krediten werden sich Ende 2011 auf 103,6 Mio. € verringert haben, da wir in 2011 keinen neuen Kredit aufgenommen haben. 2012 wird sich die Verschuldung nach der derzeitigen Planung nochmals um rd. 2,6 Mio. € erhöhen; danach ist wird die Verschuldung in jedem Jahr sinken, allerdings unter der Voraussetzung, dass die im Investitionsplan vorgesehenen pauschalen Ansätze für neue Investitionen nicht überschritten werden.

hier wird

Allerdings ~~wird~~ zur Finanzierung der Defizite im Ergebnishaushalt die Inanspruchnahme des Kassenkredits deutlich zunehmen.

Hinsichtlich der Entwicklung des NKF-Haushalts ist mit der Verrechnung der IuK-Kosten auf die Produkte ein weiterer kleiner Schritt in Richtung „Ausweisung der kompletten Produktkosten“ gemacht worden.

Meine Damen und Herren,
im Hinblick auf eine stärkere BürgerInnenbeteiligung werden die Daten des Haushaltsplanentwurfs – wie im Vorjahr - ab morgen in einer schwerpunktmäßigen Darstellung im Internet einsehbar sein. Diese Darstellung enthält in grafischer Form die wichtigsten Erträge und Aufwendungen, des weiteren die sog. freiwilligen Leistungen, die Entwicklung der Steuersätze, die wichtigsten Investitionen und die sich daraus ergebende Entwicklung der finanziellen Situation.

Diese Präsentation weist auch auf die Ansprechpartner in der Kämmerei hin und ist mit der Aufforderung verbunden, Anregungen und Verbesserungen an die Verwaltung zu richten. Wir geben diese Unterlagen auch an die örtliche Presse damit diese Informationen die BürgerInnen auch hierüber erreichen.

Für heute darf ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und wünsche uns erfolgreiche Haushaltsberatungen.